

Ein guter Arbeitsplan sichert den Erfolg der Parteiarbeit

Die Elektro-Apparate-Werke in Treptow tragen nach dem Beschluß des Zentralkomitees der SED vom 18. März 1953 seit dem 30. April 1953, dem Vorabend des Kampftages der Werktätigen aller Länder, den Namen „Elektro-Apparate-Werke J. W. Stalin“.

Diese Auszeichnung des gesamten Kollektivs der Werktätigen der Elektro-Apparate-Werke für die bisher erreichten Produktionserfolge bedeutet für uns die große Verpflichtung, das Vermächtnis des größten Menschen unserer Epoche mit ganzer Kraft und Hingabe zu erfüllen. So wie sich ständig die Produktionsauflage des Betriebes steigerte, erhöhte sich auch das politische Bewußtsein der gesamten Belegschaft und damit die Arbeitsleistung jedes einzelnen Mitarbeiters.

Als unmittelbar nach Veröffentlichung des Beschlusses des Zentralkomitees unserer Partei über die Umbenennung des Werkes von der Betriebsparteiorganisation eine Agitationskonferenz einberufen wurde, um über die notwendigen Maßnahmen zu sprechen, die für die bevorstehende Umbenennung des Werkes einzuleiten waren, zeigte sich bereits eine große Aufgeschlossenheit und Aktivität unter den Agitatoren.

Auf dieser Agitationskonferenz gab der Genosse Max Westermeyer eine Erklärung ab, in der er sich verpflichtete, nach dem Vorbild des Brigadiers Ehring vom Mansfeld-Kombinat seine Normen generell um zehn Prozent zu erhöhen.

Aus Anlaß dieser Verpflichtung erließ er einen Aufruf an die gesamte Belegschaft, alle Normen zu überprüfen. Diesen Aufruf nahm die zentrale Parteileitung als Grundlage für eine Besprechung mit sämtlichen Sekretären der Grundorganisationen im Werk, die zum Ziel hatte, in allen Betriebsteilen ähnliche Beispiele zur Erhöhung der Normen zu schaffen. Einige Aktivisten und Bestarbeiter traten mit der Bitte an die Partei heran, folgende Losung für das gesamte Werk auszugeben: „Die Kollegen der Elektro-Apparate-Werke Treptow übernehmen anläßlich der Umbenennung des Werkes in „Elektro-Apparate-Werke J. W. Stalin“ 8000 Selbstverpflichtungen!“

Diese Losung wurde von der Betriebsparteileitung beschlossen und diente als Grundlage für die gesamte Arbeit bis zum Tage der Umbenennung des Werkes. In einer Leitungssitzung am 29. März 1953 wurde ein besonderer Plan zur Mobilisierung der gesamten Belegschaft ausgearbeitet. Dieser Plan enthielt die ideologischen und organisatorischen Aufgaben für die Betriebsparteiorganisation.

Es fand eine außerordentliche Parteileitungssitzung statt, und in allen Grundorganisationen wurden Mitgliederversammlungen mit dem Thema „Stalin und sein Werk“ in Verbindung mit der Umbenennung des Betriebes durchgeführt. Für diese Mitgliederversammlungen hatte die Parteileitung Rededispositionen ausgearbeitet. Außerdem wurden Patenschaften einzelner Genossen über Kollegen der technischen Intelligenz übernommen, um diese für die Teilnahme an einem Intelligenz-Zirkel zum Studium der wichtigsten Werke des Genossen Stalin zu gewinnen. Die einzelnen

Grundorganisationen legten das Schwergewicht auf die Werbung neuer Kandidaten aus den Reihen der fortschrittlichsten Arbeiter und der Intelligenz. Es wurde eine gute Sichtagitation organisiert, wobei insbesondere die Wandzeitungen im Zeichen der Umbenennung standen. Die Agitationsleiter und die verantwortlichen Genossen für Sichtwerbung wurden verpflichtet, für diese Aufgabe einen besonderen Organisationsplan auszuarbeiten. Der Betriebsfunk brachte seine gesamte Agitation mit der Bedeutung der Umbenennung des Werkes in Verbindung und gab die Selbstverpflichtungen laufend der Belegschaft bekannt. Unsere Betriebszeitungsredaktion wurde verpflichtet, anläßlich der Verleihung des Namens J. W. Stalins an das Werk eine Sondernummer herauszugeben. In der Berliner demokratischen Presse wurde bis zum 1. Mai regelmäßig über die ideologische und wirtschaftliche Entwicklung des Betriebes berichtet.

Die Parteileitung empfahl der Gewerkschaftsorganisation des Betriebes, bei der Vorbereitung des Abschlusses des Betriebskollektivvertrages für 1953 in allen Versammlungen und Konferenzen auch auf die Bedeutung der Umbenennung des Werkes hinzuweisen. Dazu war es notwendig, das vorhandene Referentenmaterial zu überprüfen und ein Programm und die entsprechende Rededisposition für die erste gewerkschaftliche Delegiertenkonferenz zum Abschluß des Betriebskollektivvertrages 1953 zu überarbeiten.

So wie der Betriebsgewerkschaftsorganisation wurden auch sämtlichen anderen Massenorganisationen Empfehlungen von der Parteileitung gegeben, die sich insbesondere mit den Aufgaben zur Umbenennung des Werkes in Verbindung mit den allgemein bestehenden Aufgaben für die betreffenden Organisationen beschäftigten. Auch der Werksleitung des Betriebes wurden Maßnahmen administrativer Art vorgeschlagen.

Nachdem der Maßnahmeplan von der Parteileitung bestätigt worden war und die einzelnen Organisationen sowie die Werksleitung die Empfehlungen anerkannten, wurde eine Kommission gebildet, die regelmäßig die Erfüllung der Aufgaben zu kontrollieren hatte. Diese Kommission gab in jeder Parteileitungssitzung Bericht.

Der Wettbewerb wird organisiert

Die Leitungen der einzelnen Grundorganisationen der Partei bereiteten für die Mitgliederversammlungen Kampfpläne zur Realisierung des Beschlusses des Zentralkomitees über den Feldzug für strenge Sparsamkeit vor. Diese Kampfpläne wurden in den Mitgliederversammlungen diskutiert und zum Beschluß erhoben. Schwerpunkt des Inhalts der einzelnen Kampfpläne ist die verstärkte Popularisierung des Wettbewerbs.

Auf Vorschlag der Brigade „Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ führte die BGL am 22. Mai eine Gewerkschaftsaktivtagung durch, die sich mit der Ausarbeitung konkreter Wettbewerbsbedingungen beschäftigte. Das Ziel ist, einen wirklichen Wettbewerb von Werkstatt zu Werkstatt mit meß- und vergleichbaren Ergebnissen zu entwickeln. Der Hauptinhalt des innerbetrieblichen Wettbewerbes ist die Steige-